

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

**Ettlinger Zeitung. 1949-1973
1950**

257 (18.11.1950)

ETTlinger ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags — Durch die Post 2.20 DM, zuzüglich 54 Pfg. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pfg. — Frei Haus 2.50, im Verlag abgeholt 2.20 DM

Badischer Landesmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Dpf. — (Preisliste Nr. 1) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

2./51. Jahrgang

Samstag, den 18. November 1950

9r. 257

Bis Frühjahr 10 000 Mann

Stuttgarter Polizeibesprechungen erfolgreich
Stuttgart (UP). Bei einer viertägigen Besprechung von Polizeifachleuten des Bundes und der Länder in Stuttgart wurde — wie die Verhandlungsteilnehmer auf einer Pressekonferenz erklärten, Übereinstimmung in der Frage der organisatorischen Gliederung der künftigen Bereitschaftspolizei der Länder erzielt.

Nach den jetzt ausgearbeiteten Vorschlägen sollen die Bewerber für die Bereitschaftspolizei zwischen 10 und 22 Jahre alt sein. Die Einstellungsverträge der Besetzten werden wahrscheinlich auf sieben Jahre lauten. Die Bewerber werden vor ihrer Einstellung einer eingehenden charakterlichen und politischen Überprüfung unterworfen. Die Bereitschaftspolizei, die bis zum Frühjahr 1951 10 000 Mann umfassen soll — wird nach dem jetzigen Vorschlägen den Ländern unterstellt, die Einzelheiten werden jedoch in einem Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern geregelt.

Krise in evangelischer Kirche?

„Fall Niemöller“ birgt Gefahren

Berlin (UP). Als „äußerst ernst und kritisch“ bezeichnen unterrichtete Kreise die augenblickliche Lage der Evangelischen Kirche Deutschlands im Zusammenhang mit der gegenwärtig in Berlin-Spandau tagenden Kirchenkonferenz. Im Zusammenhang mit dem „Fall Niemöller“ richten sich die Befürchtungen dieser Kreise vor allem auf die Gefahr einer Spaltung innerhalb der obersten Kirchenleitung.

Als „befriedigend“ bezeichnete Kirchenpräsident Niemöller die bisherigen Verhandlungen der Kirchenkonferenz. Er lehnte ebenso wie Bischof Dibelius jeden weiteren Kommentar bis zum Abschluß der Tagung ab. Der hiesige Kirchenpräsident erklärte jedoch, daß er „ein gutes Ende“ erhoffe.

Die Landesbrüder der Bekennenden Kirche der Sowjetzone legten der Kirchenkonferenz eine Entschließung vor, die eine vorsichtig formulierte Solidaritätserklärung für Niemöller darstellt.

„Ost-west-deutsches Treffen“

Dertinger auf Leipziger Großkundgebung
Berlin (UP). Auf einer Massenkundgebung der Nationalen Front in Leipzig forderte DDR-Außenminister Dertinger, unter dem Beifall von 15 000 Kundgebungsteilnehmern, daß sich die Vertreter Ost- und Westdeutschlands zusammenschließen und auf der Grundlage der Prager Beschlüsse über die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands beraten sollen.

Falkenhäuser rettete Menschenleben

Widerstandsgruppe bedroht Verleumdung
Brüssel (UP). Im Prozeß gegen den ehemaligen Militärgouverneur von Belgien und Nordfrankreich Generaloberst von Falkenhäuser sagte Prinzessin Rupolt aus, daß eine große Anzahl von belgischen Patrioten vom Tod errettet worden seien, nach dem sie für diese bei Falkenhäuser interveniert habe. Die italienische Prinzessin — eine geborene Belgierin — fügte hinzu, daß es ihr unter anderem gelungen sei, dem früheren belgischen Minister Terhaeren (einer der Anwälte Falkenhäusers), während der Besatzungszeit aus dem Gefängnis herauszuholen. Sie wurde im Jahre 1943 von der Gestapo verhaftet und in das Konzentrationslager Ravensbrück eingewiesen. Dort blieb sie bis zum Kriegsende.

Gräfin Elisabeth d'Ursel sagte aus, ihr Sohn John und dessen Frau seien im Jahre 1943 von der Gestapo verhaftet worden, da in ihrem Chateau „inkriminierende Widerstandsdokumente“ gefunden worden seien. Falkenhäuser sei es durch Verabredungen gelungen, die Hinrichtung der beiden zum Tod Verurteilten abzuwenden. Sie wurden später in das Konzentrationslager Dachau gebracht und von den Amerikanern befreit.

Falkenhäusers Anwalt, Botsch, gab dem Militärgericht bekannt, daß er einen anonymen Brief von einer Widerstandsgruppe erhalten habe, in dem er „mit dem Tode bedroht“ werde.

Ein Augenzeuger stellt fest. Einer der beiden französischen Fliegeroffiziere, die sich an Bord des Sowjet-Flugzeuges befanden, das von einem US-Jagdflugzeug „angegriffen“ worden sein soll, erklärte, daß die sowjetische Beschuldigung jeder Grundlage entbehre.

„Weltfriedenskonferenz“ jetzt in Warschau. Der „Zweite Weltfriedenskonferenz“, der ursprünglich in der britischen Stadt Sheffield abgehalten werden sollte, begann mit festlichem Geplärr in der Hauptstadt Polens.

Kypten verbietet Demonstrationen. Das ägyptische Innenministerium hat alle Demonstrationen verboten, nachdem in den letzten beiden Tagen bei Studentenunruhen ein Todesopfer und ungefähr 40 Verletzte zu beklagen waren.

Ausnahmestand über Bolivien verhängt. Über ganz Bolivien wurde nach Aufdeckung einer Verschwörung von der Regierung der Ausnahmestand verhängt.

Vorzeitig den Thron bestiegen. Angesichts des chinesischen Einmarsches in Tibet wurde der 18jährige Dalai Lama zwei Jahre früher als üblich in die volle Regierungsgewalt über Tibet eingesetzt.

Nur ein gesundes Europa . . .

Truman warnt vor Einschränkung der Marshall-Hilfe - „Demokratie kann alle Probleme meistern“

Washington (ZSH/UP). Präsident Truman warnte den Kongreß davor, die Wirtschaftshilfe für Westeuropa einzuschränken. Nur wenn die Wirtschaft der westeuropäischen Länder gesund sei, könne der Kommunismus erfolgreich bekämpft werden.

Die industrielle wie die landwirtschaftliche Produktion Westeuropas habe durch den Marshallplan eine Höhe wie noch nie zuvor erreicht. Die industrielle Erzeugung sei in den 16 Marshallplan-Ländern gegenüber der Vorkriegszeit um 24 Prozent gestiegen. Die landwirtschaftliche Erzeugung habe ebenfalls den Vorkriegsstand überschritten. Der europäische Export sei um 20 Prozent und der intereuropäische Handel um 17 Prozent höher als vor dem Kriege.

Über Westdeutschland ist einem von Truman zitierten ECA-Bericht zu entnehmen, daß die ECA während des zweiten Vierteljahres 1950 der Bundesrepublik die Erlaubnis erteilte, 779 Millionen DM aus dem Gegenwertfonds abzuziehen. Darunter befinden sich 464 Millionen DM „zur Finanzierung eines vorgesehenen deutschen Investierungsprogramms“. Der größte Teil der Gegenwertmittel werde für die Landwirtschaft, zum Bau von Kraftwerken, zur Steigerung der Industrieproduktion sowie zum Ausbau des Verkehrsnetzes benötigt. Kleinere Gegenwertmittel dienten überdies der Förderung des Fremdenverkehrs, der Flüchtlingsbetreuung und der Finanzierung wichtiger Vorhaben in Berlin.

Durch die Entwicklung der Marshallplan-Hilfe, so betonte Truman, hätten die Völker Westeuropas das Vertrauen zu der demokratischen Staatsform wiedergefunden. Die Be-

völkerung dieser Länder habe sich davon überzeugen können, daß die Demokratie in der Lage sei, alle wirtschaftlichen und politischen Probleme zu meistern.

„Schauplatz: Europa“

Der Chef des Stabes der amerikanischen Luftstreitkräfte, General Vandenberg, erklärte, Europa sei der Schauplatz, auf dem die Entscheidung im Konflikt mit der Sowjetunion fallen werde. Die Vereinigten Staaten könnten die Anfangskosten der westeuropäischen Verteidigung übernehmen, aber, fuhr der General fort, „der Verteidigungswille Europas kann nicht mit amerikanischen Dollars gekauft werden. Wie großzügig unser Beitrag zur gemeinsamen Verteidigung auch ausfällt und wie groß die von uns übernommenen Verpflichtungen, Truppen zu stellen, auch sein mögen, so kann letzten Endes Westeuropa in der Hauptsache nur von den Westeuropäern verteidigt werden.“

Die Vereinigten Staaten müßten, so sagte der Stabschef zum Schluß, auf dem europäischen Schauplatz eine gutausgewogene Land-, See- und Luftmacht unterhalten. Die Luftmacht allein könne die Sowjets nicht abhalten.

„Nicht ohne Deutsche“

General Bradley, der Chef des gemeinsamen amerikanischen Generalstabes, erklärte, dem deutschen Volk müsse eine Möglichkeit gegeben werden, sich im Falle eines Angriffes auf die Westmächte selbst verteidigen zu können. Er gab jedoch zu, daß Frankreich die Wiederaufrichtung einer deutschen Armee fürchte. Trotzdem sei es undenkbar, daß Engländer, Franzosen und Amerikaner die Elbe-Linie verteidigten, ohne daß sich daran auch die Deutschen beteiligten.

Straßburg im Zeichen der Gegensätze

Europarat legt unter schlechten Vorzeichen - Mollet legt Amt als Hauptausschuß-Berichtersteller nieder

Straßburg (UP). Der Beginn der einwöchigen Tagung der Beratenden Versammlung des Europarates stand unter einem schlechten Vorzeichen. Es war unverkennbar, daß die vorhandene Spaltung zwischen den Delegationen der 15 Mitgliedstaaten sehr erheblich ist und daß die beiden einflussreichsten Delegationen — Großbritannien und Frankreich — sich als „Führer“ zweier getrennter Lager gegenüberstehen, die durchaus keine Anzeichen zur Kompromißbereitschaft erkennen lassen.

Die Differenzen sind grundlegender Art. Von französischer Seite wird darauf bestanden, daß die Versammlung eine wirkliche parlamentarische Autorität besitzen muß, während die britische Delegation auf der Beibehaltung der ausschließlich beratenden Funktion besteht.

Offensichtlich wurden die dadurch aufgetretenen Schwierigkeiten, als der französische Sozialistenführer Guy Mollet, als Berichterstatter des wichtigen politischen Ausschusses zurücktrat und mit diesem Schritt seinen Protest gegen die Haltung Großbritanniens zu erkennen gab. Er sehe keine Möglichkeit mehr für die Erreichung einer Übereinstimmung und er lege sein Amt nieder, um völlige Freiheit zur Bekundung seiner eigenen Meinung zu haben.

Als „politisch falsch, psychologisch ungeschickt und moralisch ungerichtet“ bezeichnete der Präsident des Exekutiv Ausschusses des Europarates, Frenay, die bisherige französische Haltung in der Frage einer deutschen Beteiligung an einer Europa-Armee. Er warnte vor dem „gefährlichen Gedanken“, die Bundesrepublik in einer kommandierenden Europaarmee nicht gleichberechtigt mitwirken zu lassen.

Rat der Republik billigt
Die Außenpolitik der französischen Regierung wurde, wie aus Paris verlautet, von Rat der Republik (dem französischen Oberhaus) nach mehr als siebenstündiger Debatte mit 171 gegen 142 Stimmen gebilligt. Außenminister Schuman hatte vor der Abstimmung u. a. erklärt, es beständen gute Aussichten, daß die Westmächte sich über die Grundzüge des französischen Plans einigen würden, der die Schaffung einer europäischen Armee unter Einschuß deutscher Verbände — jetzt von Brigadestärke — vorsehe.

Saarland — zweites Luxemburg?

Bedeutende französische Überlegenheit
Saarbrücken (UP). In politischen Kreisen des Saarlandes wurde eine Äußerung des französischen Senats Debatte stark beachtet, der für das Saarland ein Statut forderte, das demjenigen Luxemburgs ähneln müsse. Wenige Stunden nach dieser Erklärung bei der Ratifizierung der Saarkonvention im französischen Senat, sprach sich der Hobe Kommissar im Saarland, Grandval ebenfalls für die Souveränität des Saarlandes und für die Verständigung Frankreich-Deutschland aus. Auch die Gespräche über einen mög-

lichen Verteidigungsbeitrag des Saarlandes — 6000 Mann starke Verbände, die ähnlich den luxemburgischen organisiert werden sollen — beweisen verschiedene saarländischen Kreisen, daß die französische Politik an der Saar keineswegs mit dem Hintertgedanken einer Annexion spiele, sondern vielmehr für den zukünftigen Status des Saarlandes sich Luxemburg als „Muster“ nehme.



Polizeimajor und General a. D. Anton Grasser
der künftige Polizeibeauftragte des Bundes, erklärte in einem Interview, er werde in der nächsten Woche nach Bonn fahren, um sich über die ihm zugewiesenen Aufgaben unterrichten zu lassen. Seiner Meinung nach dürften ihm vorwiegend polizeilich-organisatorische Aufgaben zugewiesen werden. Grasser legt besonderen Wert auf die Feststellung, daß er sich ausschließlich mit polizeilichen Fragen befassen werde und daß in seinen Augen Militär und Polizei grundsätzlich zwei verschiedene Dinge seien.

Bevin kommt Anfang Dezember. Der britische Außenminister Bevin wird Westdeutschland während des Wochenendes vom 8. bis 11. Dezember besuchen.

Kirkpatrick besuchte Kardinal Frings. Der britische Hobe Kommissar, Sir Ivone Kirkpatrick, stattete dem Kölner Erzbischof Kardinal Frings einen Höflichkeitbesuch ab.

Kriegsgefangenen - Kommission erwogen. Mrs. Eleanor Roosevelt erklärte, daß die Westmächte gegenwärtig erwägen, in der Vollversammlung der UN die Bildung einer Kommission zu beantragen, die nach dem Schicksal der in der Sowjetunion verbliebenen Kriegsgefangenen forschen soll.

Zwischen Krieg und Frieden

Washington (UP). Aus gutunterrichteten Kreisen wird berichtet, daß der Plan zur Schaffung einer demilitarisierten Zone entlang der mandschurisch-koreanischen Grenze bildenden Yaluflusses ein immer größeres Interesse in den Vereinigten Staaten gewinnt. Man betont dabei, daß dieser Plan die beste Möglichkeit böte, einen Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und seinen Alliierten gegen die Sowjetunion und das kommunistische China zu verhindern.

Auf der Suche nach einer friedlichen Lösung des Koreakonflikts scheinen die Westmächte bereit zu sein, der chinesischen Delegation, die zu Beginn der nächsten Woche in New York erwartet wird — um an der Diskussion über die Formosafrage und über die Vertretung Peipings bei den UN teilzunehmen —, Pläne zur Schaffung einer neutralen und entmilitarisierten „Puffer“-Zone zwischen Korea und der Mandschurei zu verhandeln. Die jüngsten Erklärungen Trumans, Achesons und Bevin haben einen solchen Versuch, die unheilichere Lage im Fernen Osten zu entspannen, aus dem Stadium der bloßen Vermutung ernsthaft in den Bereich des Möglichen, um nicht zu sagen des Wahrscheinlichen, gerückt. Es dürfte kaum noch ein Zweifel darüber bestehen, daß Großbritannien und die Vereinigten Staaten einen solchen Kompromißplan besprochen haben und entschlossen sind, ihn den chinesischen Delegierten — wenn auch zunächst vielleicht nur in „privaten“ Gesprächen — nahe zu bringen.

Die große Schwierigkeit dabei liegt in der Frage, wer einen solchen „Puffer“-Streifen besetzen soll. Gegen eine Besetzung durch die Chinesen wird sich vor allem General McArthur sträuben, da die Kommunisten dadurch praktisch die nachträgliche Erlaubnis für eine flagrante Verletzung des Territoriums einer Nachbarnation erhielten. Umgekehrt dürfte sich die Peiping Regierung wohl kaum mit einer Besetzung des Streifens durch UN-Truppen einverstanden erklären, weil eine solche Regelung dem Vordringen der alliierten Streitkräfte an die mandschurische Grenze gleichkäme.

Als Ausweg aus diesem Dilemma sollen, wie meist gutinformierte Londoner Kreise wissen wollen, zwei Alternativen vorgeschlagen werden:

1. Die „Freizone“ wird überhaupt nicht militärisch besetzt; eine Lösung, bei der freilich die Gefahr besteht, daß ein solches „Vakuum“ kaum von längerer Dauer sein würde.
2. Asiatische Streitkräfte, die sich beispielsweise aus südkoreanischen, philippinischen und siamesischen Truppen zusammensetzen könnten, besetzen den „Puffer“-Streifen.

Sowohl in Washington wie in London werden zur Zeit alle Möglichkeiten überprüft, um das Gebiet der Kampfhandlungen einzuschränken und ein volles militärisches Engagement in China zu vermeiden. Der britische Verteidigungsminister Shinwell erklärt vor dem Unterhaus, Großbritannien werde alles in seiner Macht Stehende tun, um die Feindseligkeiten einzudämmen und zu beenden. Auch Winston Churchill warnte die Westmächte, sich nicht absehr auf China und die umliegenden Gebiete zu verließen. „In einer Zeit, in der die Gefahr für Europa alle Gedanken in Anspruch nehmen sollte“, gleichzeitig versicherte Präsident Truman in einer Erklärung erneut, daß die Vereinigten Staaten keinen Angriff auf chinesisches Gebiet planten.

Man wird abwarten müssen, wie sich Mao Tse Tung zu solchen Vorschlägen stellen wird. Erschwerend dürfte bei diesem ganzen Fragenkomplex ins Gewicht fallen, daß das kommunistische China seinerseits mit drei Forderungen aufwartet. Hinsichtlich der ersten, auf sofortige Zulassung der Peiping Regierung zu den Vereinten Nationen, sind kaum ernsthafte Schwierigkeiten zu erwarten, nachdem von maßgebender amerikanischer Seite erklärt wurde, daß die USA gegen eine Aufnahme Rotchinas kein Veto einlegen würden. Was die zweite Forderung — Anerkennung der Oberhoheit Peipings über Formosa — anbelangt, so hält man in Kreisen westlicher Diplomaten auch hier ein Kompromiß nicht für ausgeschlossen. Man könne, so wird argumentiert, quasi als Übergangslösung eine Neutralisierung Formosas erklären und die Insel unter den Schutz der UN stellen, der ja Rotchina dann ebenfalls angehören würde. Um so schwieriger freilich scheint die dritte Forderung, nämlich die nach Zurückziehung der fremden Truppen aus Korea. Aber auch hier könnte, so meinen die obenwähnten Kreise, vielleicht eine Einigung erzielt werden, indem man die amerikanischen Truppen aus Korea zurückziehe und dort nur eine „internationale Polizeitruppe“ stationiere, die sich aus Angehörigen kleinerer, besonders asiatischer Län-

